

V0779/22

Energiekrise - Unterstützung Tafel

-Dringlichkeitsantrag der Stadtratsgruppe DIE LINKE vom 27.09.2022-

V0811/22

Verbesserung der Situation an der Ingolstädter Tafel

-Offener Brief der FW-Stadtratsfraktion vom 09.10.2022-

Ausschuss für Soziales, Gesundheit, Stiftungen und Familien vom 12.10.2022

Der Antrag der Stadtratsfraktion DIE LINKE V0779/22 und der Offene Brief der FW-Stadtratsfraktion V0811/22 werden gemeinsam diskutiert und behandelt.

Herr Fischer verweist auf die Berichterstattung der überregionalen Medien. Die Zahl der Bürger, die Leistungen der jeweiligen Tafeln vor Ort in Anspruch nehmen, sei im Verlauf der letzten Jahre, aber insbesondere dieses Jahr, deutlich angestiegen. Dies hänge unter anderem auch mit den Geflüchteten aus der Ukraine zusammen. Die Stadt Ingolstadt unterstützt die Tafel bereits langjährig mit Räumen in einer Immobilie in der Proviantstraße, welche dem Freistaat Bayern gehöre. Diese habe die Stadt gemietet und stelle sie der Tafel weitgehend kostenfrei zur Verfügung. Die Kosten hierfür werden über das Amt für Soziales gefördert. Herr Fischer weist darauf hin, dass der laufende Betrieb der Tafel nicht seitens der Stadt gefördert werde. Die steigenden Betriebskosten ergeben sich auch aus dem Anstieg der bedürftigen Menschen. Da auch der Lebensmittelhandel mittlerweile verstärkt darauf achtet Lebensmittelverschwendung zu minimieren verringern sich die Lebensmittelspenden des Handels für die Tafel. Bei der Tafel in Ingolstadt sind aus Sicht des Vereins die Räumlichkeiten eine große Herausforderung. Im Hinblick auf eine Erweiterung der Flächen der Tafel im bisher genutzten Gebäude habe sich der Oberbürgermeister an die Staatsregierung gewandt. Aus Sicht des Freistaates sei dies nicht möglich, da dazu das Armeemuseum einen Teil seines Archivs räumen müsste. Auch ist Oberbürgermeister Dr. Scharpf seit Sommer 2020 in Gespräch mit dem Bischof, ob die Kirche eine Liegenschaft zur Verfügung stellen könne. Da dies auch nicht möglich gewesen sei, habe man seitens der Stadt der Tafel verschiedene Interimslösungen, wie Lagerflächen im Keller des Sozialen Rathauses und eine städtische Grundstücksfläche auf dem Josef-Strobl-Platz zur Aufstellung eines Containers angeboten. Unmittelbar nach Bekanntwerden, dass das Franziskanerkloster aufgegeben werden solle, habe sich der Oberbürgermeister an das Bischöfliche Ordinariat gewandt und das Interesse der Stadt an der Nutzung der Immobilie zu eigenen Zwecken und möglicherweise auch für Zwecke der Tafel, bekundet. Zum offenen Brief stellt Herr Fischer richtig, dass die Stadt nur sehr punktuell im Bereich Dolmetscher und Security und nicht kontinuierlich unterstützt habe. Im Hinblick auf die gestiegene Zahl der Menschen, die Leistungen der Tafel in Anspruch nehmen informiert Herr Fischer, dass sich zwar die Zahl der Sozialleistungsberechtigten in diesem Jahr hauptsächlich durch die ukrainischen Geflüchteten deutlich erhöht habe. Aber man sei nicht auf einem Niveau, das es noch nie gegeben hätte – vielmehr hätten kurz nach Einführung von „Hartz IV“ im Jahr 2006 und auch in der Finanz- und Wirtschaftskrise 2010 in Ingolstadt mehr Menschen Leistungen des Jobcenters erhalten.

Stadträtin Bulling-Schröter verweist auf ihren Antrag und regt an, mit der Tafel Gespräche bezüglich des Handlungsbedarfes, zu führen. Sie sehe den Antrag der Stadtratsgruppe DIE LINKE nicht wie im offenen Brief der FW-Stadtratsgruppe beschrieben, als obsolet.

Damit der Tafel ein angenehmes Arbeiten ermöglicht werden könne, bedürfe es einer Verbesserung der Räumlichkeiten, so Stadtrat Böttcher.

Die Mitglieder des Ausschusses erteilen der 1. Vorsitzenden der Tafel Ingolstadt e.V. das Rederecht.

Die Vorsitzende finde es bedauerlich, dass ein solcher Brief an den Oberbürgermeister gerichtet werde, ohne im Vorfeld mit der Tafel zu sprechen. Weiter informiert sie über die aktuelle Situation. Sie betont, dass es eine staatliche Aufgabe und nicht Aufgabe der Tafel sei, die Unterstützung und Versorgung der bedürftigen Menschen, zu gewährleisten. Derzeit kommen 3.000 Menschen pro Woche zur Tafel. Es sei richtig, dass die Räumlichkeiten beengt sind, aber dies sei nicht das grundlegende Problem. Problematisch sei unter anderem die Rampe für die Anlieferung. Wichtig zu wissen sei, dass die Tafel in Ingolstadt ein eingetragener Verein ist. Dieser arbeite freiwillig und ehrenamtlich und möchte als Verein beanspruchen einen hervorragenden Job zu leisten. Allerdings habe sich in den letzten Jahren sehr viel verändert. Dabei verweist die Vorsitzende auf den extremen Zustrom der ukrainischen Flüchtlinge. Es sei versucht worden, diesen Andrang zu bewältigen. Die Vorsitzende betont, dass die Kapazitäten des ehrenamtlichen Engagements erschöpft sind. Weiter teilt sie mit, unter welcher Maxime die Tafel vor 23 Jahren gegründet worden sei. Damals hieß es Lebensmittel vor der Vernichtung zu retten. Leider habe sich die Situation so verändert, dass die Lebensmittelmärkte eine optimale Bestellung leisten und auch erfolgreich verkaufen wollen. Somit werden heute oft Lebensmittel kurz vor Ablauf des Mindesthaltbarkeitsdatums für die Hälfte verkauft. Insofern bekomme die Tafel weniger Lebensmittelspenden durch den Handel, trotz des gestiegenen Bedarfs an Bedürftigen. Deswegen kauft die Tafel Lebensmittel im großen Stil hinzu. Nach Worten der Vorsitzenden sei dies aber nicht das, was die Tafel ausmache. Sie spricht eine Einladung für die Besichtigung der Räumlichkeiten der Tafel, an die Ausschussmitglieder aus. Coronabedingt sei das komplette Ladenlokal umgestellt worden. Dies sei aber auch dem geschuldet, dass viele Menschen kommen, welche in den kleinen Räumlichkeiten nicht mehr bedient werden können. In der Pandemie sei man dazu übergegangen Carepakete zu packen. Die Vorsitzende betont, dass pro Ausgabewoche 850 solcher Pakete gepackt, welche teilweise mit Trockenware aufgefüllt werden. Unter dem genannten Aspekt sei es nicht mehr möglich, den kompletten Zustrom aller Bedürftigen aufzunehmen. An das Sozialamt gerichtet, betont die Vorsitzende bei allem Respekt, dass die Tafel nicht deren verlängerter Arm sei. Das Thema „neue Räumlichkeiten“ werde sie in der Mitgliederversammlung des Vereins beraten. Sie betont aber zugleich, dass auch größere Räumlichkeiten nicht die Möglichkeit bieten, die Vielzahl von bedürftigen Menschen weiterhin zu unterstützen. Aufgrund der Satzung der Tafel werde der Tafelbetrieb durch die Geldspenden finanziert. Die Kosten hierfür belaufen sich jährlich auf 100.000 Euro. Die Stadt übernehme einen großen Anteil der Mietkosten. Die Tafel zahle aber trotzdem noch einen Zuschuss. Die Vorsitzende merkt an, dass die Tafel mittlerweile vergleichbar mit einem mittelständischen Unternehmen mit einer Logistikzentrale für Lebensmittel sei. Sie bittet nochmals bei den weiteren Planungen mit einbezogen zu werden.

Bürgermeisterin Kleine weist darauf hin, dass viele Gespräche mit der Tafel stattgefunden haben und die Themen der Tafel schnell zur Chefsache gemacht worden seien. Bereits im

Sommer 2020 habe dies der Oberbürgermeister selbst übernommen. Seither sei man in Gesprächen mit den zuständigen Referenten. Heute werden zwei Anträge aus den Reihen der Stadtratsmitglieder beraten und Überlegungen zum weiteren Umgang getroffen. Weiter weist Bürgermeisterin Kleine darauf hin, dass bei der Abfrage der sozialen Vereine, im Hinblick auf die Energiekostenzuschüsse, Gespräche mit der Tafel geführt wurden. Im Vortrag von der Vorsitzenden seien die vielen Veränderungen bei der Tafel sehr klar geworden.

Nach Worten von Stadtrat Ettinger treffe der Antrag der Stadtratsgruppe DIE LINKE nicht das was der Verein wolle und brauche. Auch der offene Brief der FW-Stadtratsfraktion gehe hier nicht in die richtige Richtung. Um handwerklich weiterzukommen schlägt Stadtrat Ettinger vor, dass die Verwaltung in Zusammenarbeit mit der Tafel einen abstimmungsreifen Vorschlag vorlege. Dazu signalisiere er seine Unterstützung. Allerdings sei dies aus seiner Sicht derzeit nicht abstimmungsreif.

Stadtrat Werner fehle im Moment der konkrete Antrag. Er dachte bisher, dass das Hauptproblem die unzureichenden Räumlichkeiten sind. Die freiwerdenden Räumlichkeiten des Franziskanerklosters sollen unter Einbeziehung der Tafel, vorurteilsfrei geprüft werden. Weiter bemängelt Stadtrat Werner die Einbringung des offenen Briefs, welcher nach seinen Worten geradezu vor Banalitäten strotze. Hierbei werde versucht, parteipolitisch Kapital aus dieser Situation zu schlagen. Dieser offene Brief sei auch nicht zielführend, wenn die stellende Fraktion selbst in der bayerischen Staatsregierung vertreten sei und das Raumproblem mit deren Kontakten lösen könne. Weiter verweist er auf die Aktivitäten, welche in den letzten zwei Jahren seitens des Oberbürgermeisters geleistet wurden. Es sei das persönliche Anliegen des Oberbürgermeisters, dass die Versorgung der betroffenen Menschen gut funktioniere. Er zeigt sich erfreut, dass weitere Absprachen mit der Tafel erfolgen sollen. Stadtrat Werner spricht sich für den Vorschlag von Stadtrat Ettinger aus. Die Verwaltung, die Tafel und auch die Fraktionssprecher sollen bei einem Gespräch eine gemeinsame Basis für eine Lösung schaffen. Er glaube nicht, dass dies an den finanziellen Mitteln scheitern werde. Er regt an, Gespräche mit den Lebensmittelhändlern in Ingolstadt zu führen. Fraglich sei seines Erachtens, dass diese auf die Kosten der reduzierten Lebensmittel angewiesen sind.

Nach Worten von Bürgermeisterin Kleine gehen die Vorschläge alle in die richtige Richtung.

Stadträtin Segerer zeigt sich erfreut über das Engagement der Tafel. Sie bewerte den offenen Brief der FW-Stadtratsfraktion nicht. Im Antrag der Stadtratsgruppe DIE LINKE und im offenen Brief sei bereits die Not der Tafel deutlich geworden. Der Handlungsbedarf stehe hier außer Frage. Es bedürfe aber klare Aussagen und konstruktive Vorschläge der Tafel zum geforderten Bedarf. Sie stimmt Stadtrat Ettinger zu, vorab alle Fakten zusammenzutragen und dann einen guten zielführenden Antrag vorzulegen.

Für Stadträtin Klein habe der Vortrag der 1. Vorsitzenden der Tafel Ingolstadt e.V. zum Ausdruck gebracht, dass das eigentliche Konzept der Tafel aus dem politischen Willen heraus nicht weitergesponnen werden könne. Die Zahl der Menschen die auf diese Leistungen angewiesen sind, steige immer mehr. Wie bereits erläutert gehe die Gründung der Tafel darauf zurück, Lebensmittel zu retten, welche in den Märkten übriggeblieben sind und diese an bedürftige Menschen zu verteilen. Im Hinblick auf die derzeitig steigenden Kosten könne es nicht Ziel sein, die Tafel so auszubauen, dass diese alle Menschen versorgen könne. Das diese unendlich viele Lebensmittel ankaufen, sei nicht Aufgabe der Tafel. Es müsse darauf geachtet werden den Verein nicht zu überfordern. Ansonsten könne

passieren, dass das ganze System implodiert und am Ende die Freiwilligen aufhören, da dies auf ehrenamtlicher Basis nicht mehr zu leisten sei. Das gesellschaftliche Problem, das viele Menschen mit den erhaltenen Sozialleistungen im Supermarkt nicht mehr zurechtkommen, könne nicht die Tafel lösen. Insofern müsse dies in die Beurteilung mit einbezogen werden, dass die Leistungsfähigkeit des Vereins berücksichtigt werden und nicht für eine Überforderung Sorge.

Herr Fischer weist darauf hin, dass seit einigen Jahren der Sozialstaat deutlich ausgebaut werde. Der Zugang zu den Grundsicherungssystemen sei während der Pandemie auch für Haushalte mit Vermögen erleichtert worden. Die Bundesregierung schlägt mit der Einführung des Bürgergeldes zum 01.01.2023 eine Erhöhung der Regelleistungen der Grundsicherungssysteme inflationsbedingt um über 10 Prozent vor. Da sich Arbeit schon heute und auch nach Einführung des Bürgergeldes aufgrund der Erwerbstätigenfreibeträge auch für Beschäftigte lohne, die aufstockende Grundsicherung erhalten, hätten diese Haushalte ein Einkommen oberhalb des Existenzminimums. Gleiches gelte für Haushalte, die zusätzlich zur Grundsicherung sonstiges anrechnungsfreies Einkommen erhalten. Die Tatsache, dass ein Haushalt auch SGB II Leistungen erhalte gebe allein keinen vollständigen Überblick darüber, wie eng die finanziellen Verhältnisse der jeweiligen Personen bzw. Familien seien. Hier könnte vielleicht seitens der Tafel künftig stärker differenziert werden, wem der Verein einen Berechtigungsausweis erteile, so dass nur die Bürgerinnen und Bürger die es am dringendsten benötigen, zur Tafel gehen können. Es müsse gemeinsam Überlegungen getroffen werden, wie dies leistbar sei, ohne den Verein zu überfordern.

Der Vorschlag von Herrn Fischer sei nach Worten der 1. Vorsitzenden der Tafel Ingolstadt e.V. sehr sinnvoll. Sie informiert, dass man bisher sei allen Menschen mit „Jobcenter-Bescheid“ die Berechtigung der Tafel gegeben habe. Wenn man aber diese Klientel prüfe, sie betont nicht seitens der Tafel, könne eine Reduzierung erfolgen. Dadurch sei der Tafel geholfen. Weiter verweist die Vorsitzende auf einen Vorstandsbeschluss hinsichtlich des derzeitigen Aufnahmestopps. Im Hinblick auf die engagierten Mitarbeiter der Tafel müsse auf keine andere Stelle zurückgegriffen werden.

Der Antrag der Stadtratsgruppe DIE LINKE führe zu einer großen Debatte, so Stadträtin Bulling-Schröter. Ein Teil sei dadurch bereits erledigt. Auch begrüße sie die Gründung einer Arbeitsgruppe. Weiter zeigt sie sich erfreut über die Einladung der Mitglieder des Sozialausschusses durch die Tafel. Der Verlauf der Diskussion sei für sie fraglich, da es ihres Erachtens keine Differenzierung zwischen arm und arm gebe. Nicht umsonst beabsichtige die Bundesregierung die Grundsicherungsleistungen zu erhöhen. Sie verweist auf die Zahlen des paritätischen Wohlfahrtsverbandes, nach dessen Ansicht ein wirklich armutsfester Regelsatz noch über 200 Euro höher sein müsste, als jetzt durch die Bundesregierung ab 2023 vorgesehen. Es solle eine gute Lösung gefunden werden.

Bürgermeisterin Kleine schlägt vor, dass der Sozialreferent eine Einladung seitens der Verwaltung für ein offenes Gespräch mit der Tafel und ggf. auch gerne mit Mitgliedern des Sozialausschusses ausspreche. Hier sollen Lösungsvorschläge zu den einzelnen Themenkomplexen wie die Erweiterung der bestehenden Räumlichkeiten, der Zuwachs der Bedürftigen bei der Tafel und die Menge der benötigten Lebensmittel, besprochen werden. Auch die Frage wie mit der geänderten Situation umgegangen werde, soll hier betrachtet werden. Danach erst könne dem Ausschuss ein ordentlicher Antrag seitens der Verwaltung zur Abstimmung vorgelegt werden.

Die 1. Vorsitzende der Tafel Ingolstadt e.V. bittet um Rederecht ihres Kollegen, welcher am Einlass der Tafel tätig sei.

Für die politische Bewertung in der Fraktion sei es sinnvoll, auch die Ausführungen dieses ehrenamtlich bei der Tafel Engagierten noch zu hören, so Stadtrat Dr. Kern.

Der Ehrenamtliche informiert zur Einlasskontrolle der Tafel und merkt an, dass aus seiner Sicht auch Menschen kommen, die eigentlich nicht auf die Lebensmittel der Tafel angewiesen sind. Insofern mache die Überprüfung derer Sinn und die Anzahl könne somit begrenzt werden.

Die Anträge werden zur weiteren Beratung vorgelegt.

Die Mitglieder des Ausschusses nehmen dies zur Kenntnis.